

# Satzung

der Gemeinde Lauf über

## **A) die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Ortskern Lauf“**

## **B) die 1. Änderung der örtlichen Bauvorschriften „Ortskern Lauf“**

Der Gemeinderat der Gemeinde Lauf hat am 15.06.2021 die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Ortskern Lauf“ sowie der örtlichen Bauvorschriften zur 1. Änderung des Bebauungsplanes „Ortskern Lauf“ unter Zugrundelegung der nachfolgenden Rechtsvorschriften im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB als Satzung beschlossen:

1. Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587)
2. Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)
3. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne sowie über die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 – PlanZV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I 1991 S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057)
4. Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 05. März 2010, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2019 (GBl. S. 313)
5. Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der Fassung vom 24. Juli 2000, zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 11. Februar 2020 (GBl. S. 37, 40)

## **§ 1**

### **Geltungsbereich**

Für den räumlichen Geltungsbereich der Änderung des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften ist die Abgrenzung in der Planzeichnung (Anlage Nr. 1) vom 21.09.2020 maßgebend.

## **§ 2**

### **Bestandteile**

1. Der Bebauungsplan besteht aus:
  - a) der gemeinsamen Planzeichnung – Zeichnerischer Teil vom 21.09.2020
  - b) den planungsrechtlichen Festsetzungen – Schriftlicher Teil vom 21.09.2020
2. Die örtlichen Bauvorschriften bestehen aus:
  - a) der gemeinsamen Planzeichnung – Zeichnerischer Teil vom 21.09.2020

b) den örtlichen Bauvorschriften – Schriftlicher Teil

vom 21.09.2020

3. Beigefügt sind:

a) die gemeinsame Begründung

vom 21.09.2020

### **§ 3**

## **Inhalt der Bebauungsplanänderung**

Der Inhalt der Änderung des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften ergibt sich aus dem zeichnerischen und textlichen Teil des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 21.09.2020.

Bei den Änderungen handelt es sich um folgende Punkte:

- Reglementierung der Zahl der Wohneinheiten für alle Teilbereiche des Bebauungsplanes.
- Erhöhung der Stellplatzverpflichtung von 1,0 auf 2,0 je Wohneinheit.

### **§ 4**

## **Ordnungswidrigkeiten**

Ordnungswidrig im Sinne des § 75 Abs. 3 Nr. 2 LBO handelt, wer den aufgrund § 74 LBO ergangenen Vorschriften der Satzung über die Örtlichen Bauvorschriften zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 75 LBO mit einer Geldbuße geahndet werden.

### **§ 5**

## **Inkrafttreten**

Die Änderung des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften treten mit der ortsüblichen Bekanntmachung nach § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

25. Juni 2021

Lauf, .....

Oliver Restetter  
Bürgermeister



**Der Bebauungsplan „Ortskern Lauf“, festgesetzt durch Satzung vom 13.02.2007, wird wie folgt im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB geändert:**

## **Rechtsgrundlagen**

1. Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587)
2. Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)
3. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne sowie über die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 – PlanZV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I 1991 S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057)
4. Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 05. März 2010, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2019 (GBl. S. 313)
5. Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der Fassung vom 24. Juli 2000, zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 11. Februar 2020 (GBl. S. 37, 40)

## **A Planungsrechtliche Festsetzungen**

Folgende Planungsrechtliche Festsetzungen werden ergänzt:

Die Zahl der maximal zulässigen Wohneinheiten ist durch Planeintrag festgesetzt.

Der 5 m Gewässerrandstreifen gilt nun für neu zu errichtende Gebäude. Für Gebäude, die bereits innerhalb dieses Gewässerrandstreifens bestehen, gilt der Bestandsschutz.

## **B Örtliche Bauvorschriften**

Folgende Örtliche Bauvorschriften werden ergänzt:

Die Stellplatzverpflichtung für Wohnungen wird, abweichend von § 37 Abs. 1 LBO, auf 2,0 Stellplätze pro Wohneinheit festgesetzt.

## **C Hinweise**

Im Gewässerrandstreifen sind gemäß § 38 Abs. 4 WHG i. V. m. § 29 Abs. 2 und 3 WG verboten:

1. Die Ablagerung von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern können oder die fortgeschwemmt werden können,
2. die Errichtung von baulichen und sonstigen Anlagen (auch gemäß LBO verfahrensfreie Vorhaben), zu den sonstigen Anlagen gehören auch Auffüllungen, Terrassen, Überdachungen, Stellplätze, Lagerplätze, Wegbefestigungen, Gartenhütten und feste Zäune,
3. der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen,

4. die Beseitigung standorttypischer Bäume und Sträucher, soweit dies nicht zur Bestandspflege, Gewässerunterhaltung oder Gefahrenabwehr erforderlich ist,
5. das Neuanpflanzen von nicht standorttypischen Bäumen und Sträuchern.

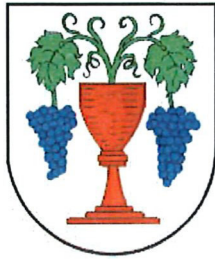
Der Gewässerrandstreifen wird im Plangebiet auf eine Breite von 5 m angelegt, welcher für neu zu errichtende Gebäude zu beachten ist. Für schon bereits bestehende Gebäude, die innerhalb dieses 5 m Gewässerrandstreifens liegen, gilt weiterhin die Vorgabe des 3 m Gewässerrandstreifens durch Rechtsverordnung des Landratsamtes, Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz, vom 26.01.2015.



Stand: 21.09.2020

Anlage Nr. 2

Fassung: Satzung



**Gemeinde Lauf**  
**ORTENAUKREIS**

## **Bebauungsplan** **„Ortskern Lauf, 1. Änderung“**

### **Begründung**

Beratung · Planung · Bauleitung

**zink**  
I N G E N I E U R E

Ingenieurbüro für  
Tief- und Wasserbau  
Stadtplanung und  
Verkehrsanlagen

# Inhalt

<b>TEIL A</b>	<b>EINLEITUNG</b>	<b>3</b>
1.	ANLASS DER ÄNDERUNG	3
1.1	Art des Bebauungsplans	4
1.2	Verfahrensart	4
1.3	Aufstellungsverfahren	5
2.	ERFORDERLICHKEIT DER PLANAUFSTELLUNG	6
2.1	Begründung der Erforderlichkeit	6
2.2	Artenschutz	6
2.3	Hochwasserschutz	6
3.	GELTUNGSBEREICH UND BESCHREIBUNG DES PLANGEBIETS	7
3.1	Räumlicher Geltungsbereich	7
4.	ÜBERGEORDNETE VORGABEN	12
4.1	Planungsrechtliche Ausgangssituation	12
4.2	Raumordnung und Landesplanung	13
4.3	Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan	13
<b>TEIL B</b>	<b>PLANUNGSBERICHT</b>	<b>15</b>
5.	PLANUNGSKONZEPT	15
5.1	Ziele und Zwecke der Planung	15
6.	PLANINHALT (ABWÄGUNG UND BEGRÜNDUNG)	15
6.1	Bebauung	15
6.2	Verkehr	15
6.3	Grünkonzept	15
6.4	Umweltbelange	16
6.5	Gestalterische Festsetzungen nach Landesrecht	16
7.	AUSWIRKUNGEN	16
7.1	Auswirkungen auf ausgeübte Nutzungen	16
7.2	Verkehr	16
7.3	Ver- und Entsorgung	16
8.	MAßNAHMEN ZUR VERWIRKLICHUNG   FOLGEVERFAHREN	16
8.1	Entschädigungen	16
8.2	Planungsrecht	17

## Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1: GELTUNGSBEREICH DER 1. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES "ORTSKERN" IN LAUF; QUELLE: DARSTELLUNG ZINK INGENIEURE	7
ABBILDUNG 2: LUFTBILD MIT EINTRAGUNG DES ÄNDERUNGSBEREICHES; QUELLE: LGL BW, EIGENE DARSTELLUNG	8
ABBILDUNG 3: BEBAUUNGSPLAN „ORTSKERN LAUF“, RECHTSVERBINDLICH SEIT DEM 18.12.2015, DARSTELLUNG ZINK INGENIEURE	12
ABBILDUNG 4: FLÄCHENNUTZUNGSPLAN SÜDLICHER OBERRHEIN RAUMNUTZUNGSKARTE (AUSZUG) MIT HERVORHEBUNG DES PLANGEBIETES; QUELLE: REGIONALVERBAND SÜDLICHER OBERRHEIN; EIGENE DARSTELLUNG	13
ABBILDUNG 5: FLÄCHENNUTZUNGSPLAN DER VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT ACHERN 2013 (AUSZUG), EIGENE DARSTELLUNG	14

## Teil A Einleitung

### 1. Anlass der Änderung

Der Bebauungsplan „Ortskern Lauf“ ist seit dem 18.12.2015 rechtsverbindlich. In diesem Bebauungsplan sind vorrangig die überbaubaren Grundstücksflächen sowie die örtlichen Verkehrsflächen geregelt. Weitere Festsetzungen wurden lediglich für zwei damals noch unbebaute Grundstücke im „Kirchgraben“ vorgenommen. Für diese beiden Baugrundstücke gelten folgende Vorgaben:

- maximal zwei Vollgeschosse
- Grundfläche maximal 150 m<sup>2</sup>
- nur Einzelhäuser sind zulässig
- maximal 2 Wohneinheiten je Wohngebäude.

Für die übrigen Baugrundstücke im Geltungsbereich des Bebauungsplanes wurden keine weiteren Festsetzungen getroffen. Insbesondere sind keine Festsetzungen zur Art und Maß der baulichen Nutzung, zur Bauweise sowie zur Anzahl der Wohneinheiten vorgenommen worden. Es handelt sich demnach um einen einfachen Bebauungsplan im Sinne des § 30 Abs. 3 BauGB. Darüber hinaus sind keine Örtlichen Bauvorschriften erlassen worden, so dass zur Dachgestaltung keine Vorgaben bestehen.

Bei Bauvorhaben ist daher zu prüfen, ob die Festsetzungen der überbaubaren Grundstücksflächen eingehalten sind. Im Übrigen richtet sich die Zulässigkeit von Bauvorhaben nach den Vorgaben des unbeplanten Innenbereichs (§ 34 BauGB). Gemäß § 30 Abs. 3 BauGB i. V. m. § 34 Abs. 1 BauGB ist ein Bauvorhaben demnach zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung und der Bauweise in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt und die Erschließung gesichert ist.

Weitere Punkte zur Prüfung bestehen nicht. Insbesondere die höchstzulässige Anzahl der Wohneinheiten in Wohngebäuden ist daher kein Kriterium, das geprüft werden muss. Es können daher auch Wohngebäude mit mehreren Wohneinheiten entstehen, solange die Bauvorhaben sich in die nähere Umgebung einfügen.

Um jedoch innerhalb des Ortskerns eine zu starke Verdichtung zu vermeiden, wird mit der 1. Änderung des Bebauungsplanes deshalb eine Beschränkung der Zahl der Wohneinheiten vorgenommen. Dadurch soll eine hohe Lebens- und Aufenthaltsqualität im Ortskern erhalten werden.

#### Änderungen des Bebauungsplanes

Bislang sind die Wohneinheiten nur für zwei Grundstücke im Kirchgraben festgesetzt. Für die übrigen Grundstücke im Plangebiet besteht dagegen keine Vorgabe für die höchstzulässige Zahl der Wohneinheiten. Insbesondere bei Umnutzungen von Gebäuden mit gewerblicher Nutzung besteht inzwischen die Gefahr, dass die Nutzungsmischung von Wohnen und Gewerbe aufgegeben wird und das Wohnen überwiegt. Dieser weiteren Entmischung soll durch eine Reglementierung der Wohneinheiten entgegengesteuert werden.

Zwar ist es Ziel der Gemeinde, die Innenentwicklung durch eine Nachverdichtung oder Umnutzung zu fördern. Dies soll jedoch in einem für den Ortskern vertretbaren Rahmen erfolgen. Darüber hinaus ist auch Ziel der Gemeinde, die bestehende Nutzungsmischung im Ortskern sich nicht noch stärker in Richtung Wohnbebauung entwickeln zu lassen. Aus diesem Grund soll eine Beschränkung der Wohneinheiten für die Gebäude der jeweiligen einzelnen Teilbereiche erfolgen.

Um der angespannten Situation bezüglich der Stellplatzflächen in Zukunft besser begegnen zu können, sollen für neu geplante Gebäude innerhalb des Geltungsbereiches eine Anzahl an Stellplätzen festgesetzt werden, die entsprechend der Wohneinheiten vorzuweisen sind. Die jetzige Situation der Stellplatzproblematik kann durch die Festsetzung der maximal möglichen Anzahl an Wohneinheiten eingeschränkt werden. Auf diese Weise können keine neuen, zusätzlichen Wohneinheiten entstehen, die die Parksituation durch neu hinzukommende Fahrzeuge durch hinzukommende Anwohner nochmals verschärfen würden.

Auch wenn die Ausnutzbarkeit der Baugrundstücke durch diese Festsetzungen eingeschränkt wird, handelt es sich dennoch um eine sonstige Maßnahme der Innenentwicklung. Der Bebauungsplan kann deshalb im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB geändert werden.

## 1.1 Art des Bebauungsplans

Für das Plangebiet besteht bereits ein einfacher Bebauungsplan nach § 30 Abs. 3 BauGB. Das bedeutet, dass der Bebauungsplan keine vollständigen Festsetzungen über die Art und das Maß der baulichen Nutzung, die überbaubaren Grundstücksflächen und die örtlichen Verkehrsflächen enthält. Für die Zulässigkeit von Bauvorhaben ist nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes auf der Grundlage des § 30 Abs. 1 BauGB zunächst zu prüfen, ob es den Festsetzungen des Bebauungsplanes nicht widerspricht. Für die weiteren Festsetzungen ist anschließend auf der Grundlage der Innenbereichsvorschrift (§ 34 Abs. 1 BauGB) zu prüfen, ob das Bauvorhaben sich hinsichtlich der im Bebauungsplan nicht normierten planungsrechtlichen Kriterien in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt.

Dieser einfache Bebauungsplan wird punktuell geändert.

## 1.2 Verfahrensart

Das Baugesetzbuch (BauGB) sieht für Maßnahmen, die der Innenentwicklung dienen, die Möglichkeit vor, „Bebauungspläne der Innenentwicklung“ gemäß § 13a BauGB aufzustellen bzw. zu ändern. Voraussetzung ist, dass der Bebauungsplan der Wiedernutzbarmachung von Flächen, der Nachverdichtung oder anderen Maßnahmen der Innenentwicklung (z. B. der Änderung der Nutzung eines Baugebietes usw.) dient.

Zu prüfen ist, ob die folgenden Voraussetzungskriterien zur Anwendung des beschleunigten Verfahrens gemäß § 13a BauGB vorliegen:

Prüfung der Voraussetzungskriterien		Vorgabe erfüllt?
<b>1. Handelt es sich um eine Maßnahme der Innenentwicklung?</b> Das Plangebiet ist bereits in einem rechtskräftigen Bebauungsplan enthalten und liegt innerhalb des Siedlungsbereichs. Durch die Änderung des Bebauungsplanes soll insbesondere die Nachverdichtung gesteuert werden.	Ja	Ja
<b>2. Beträgt die festgesetzte Größe der Grundfläche weniger als 20.000 m²?</b> Durch die Änderung des Bebauungsplanes wird keine Änderung der Grundflächenzahl vorgenommen.	Ja	Ja
Die im Bebauungsplan festgesetzte Grundfläche gemäß § 19 Abs. 2 BauNVO beträgt daher weniger als 20.000 m².		



Bebauungspläne, die in einem engen sachlichen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhang stehen, liegen nicht vor.

**3. Besteht eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung?**

An der Art der baulichen Nutzung wird keine Änderung vorgenommen. Diese können weiterhin als faktisches „Mischgebiet“ eingestuft werden. Es wird somit kein Vorhaben ermöglicht, das der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegt.

Nein

Ja

**4. Liegen Anhaltspunkte auf Beeinträchtigung von FFH- oder Vogelschutzgebieten vor?**

Es liegen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung eines FFH- oder Vogelschutzgebietes vor.

Nein

Ja

**5. Liegen Anhaltspunkte vor, dass bei der Planung Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) zu beachten sind?**

Es liegen keine Anhaltspunkte vor, dass das Plangebiet im Einwirkungsbereich von Störfallbetrieben liegt.

nein

Ja

---

**Ergebnis:**

Zur Anwendung des beschleunigten Verfahrens gemäß § 13a BauGB sind alle Voraussetzungskriterien erfüllt. Der Bebauungsplan wird daher im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB geändert. Die Durchführung einer Umweltprüfung und Erstellung des Umweltberichts sind nicht notwendig.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB befreit jedoch nicht von der Pflicht, die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu ermitteln und in die Abwägung einzustellen.

### **1.3 Aufstellungsverfahren**

Am 23.06.2020 wurde vom Gemeinderat der Beschluss zur Änderung des Bebauungsplans „Ortskern Lauf, 1. Änderung“ im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB gefasst.

Der Bebauungsplanentwurf wurde am 23.06.2020 vom Gemeinderat als Grundlage für die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und die Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB gebilligt.

Der Entwurf des Bebauungsplans mit Stand 02.06.2020 wurde vom 10.08.2020 bis zum 09.09.2020 öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der Auslegung wurden durch Veröffentlichung im Amtsblatt vom 31.07.2020 bekannt gemacht.

Die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB erfolgte gemäß § 4a Abs. 2 BauGB zeitgleich mit der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, wurden mit Schreiben vom 30.07.2020 von der Planung unterrichtet und zur Stellungnahme zum Entwurf des Bebauungsplans mit Stand 09.09.2020 aufgefordert.

Die im Rahmen der öffentlichen Auslegungen vorgetragenen Anregungen sowie die Stellungnahmen der beteiligten Behörden und Träger öffentlicher Belange wurden vom Gemeinderat in öffentlicher Sitzung am 15.06.2021 behandelt. In der gleichen Sitzung wurde der Bebauungsplan in der Fassung vom 15.06.2021 als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde gebilligt.

## **2.       Erforderlichkeit der Planaufstellung**

### **2.1       Begründung der Erforderlichkeit**

Durch die Situation im Bereich des Dorfkerns der Gemeinde Lauf, der sich durch eine hohe Anzahl an Wohneinheiten innerhalb der dortigen Gebäude auszeichnet, ergibt sich eine fortschreitende Nachverdichtung im Zentrum der Gemeinde. Diese Situation soll durch die Änderung des Bebauungsplanes, welche für die diversen Bereiche des Areals Obergrenzen für die Anzahl der Wohneinheiten vorsieht, entschärft werden. Auch die Parksituation in diesem Bereich soll durch eine Festsetzung von anzulegenden Stellplätzen pro Wohneinheit entspannt werden. Es soll sich eine geordnete städtebauliche Entwicklung in diesem Bereich etablieren. Auf diese Weise kann sich die Ortsmitte auch in Zukunft ein ansprechendes Erscheinungsbild mit entsprechender Lebensqualität erhalten.

### **2.2       Artenschutz**

Durch die Änderung des Bebauungsplanes wird lediglich die Zahl der Wohneinheiten reglementiert. Daher ergeben sich keine Auswirkungen auf geschützte Tier- und Pflanzenarten. Weitergehende Untersuchungen sind nicht erforderlich.

### **2.3       Hochwasserschutz**

Das Plangebiet befindet sich außerhalb festgesetzter Überschwemmungsgebiete. Bei Umsetzung des Bebauungsplanes kommt es zu keinem Verlust von Rückhalteflächen bei einem hundertjährigen Hochwasserereignis (HQ100). Der Änderung des Bebauungsplans stehen keine Belange des Hochwasserschutzes gem. § 1 Abs. 6 Nr. 12 BauGB, § 77 i.V. mit § 76 WHG entgegen.

### 3. Geltungsbereich und Beschreibung des Plangebiets

#### 3.1 Räumlicher Geltungsbereich

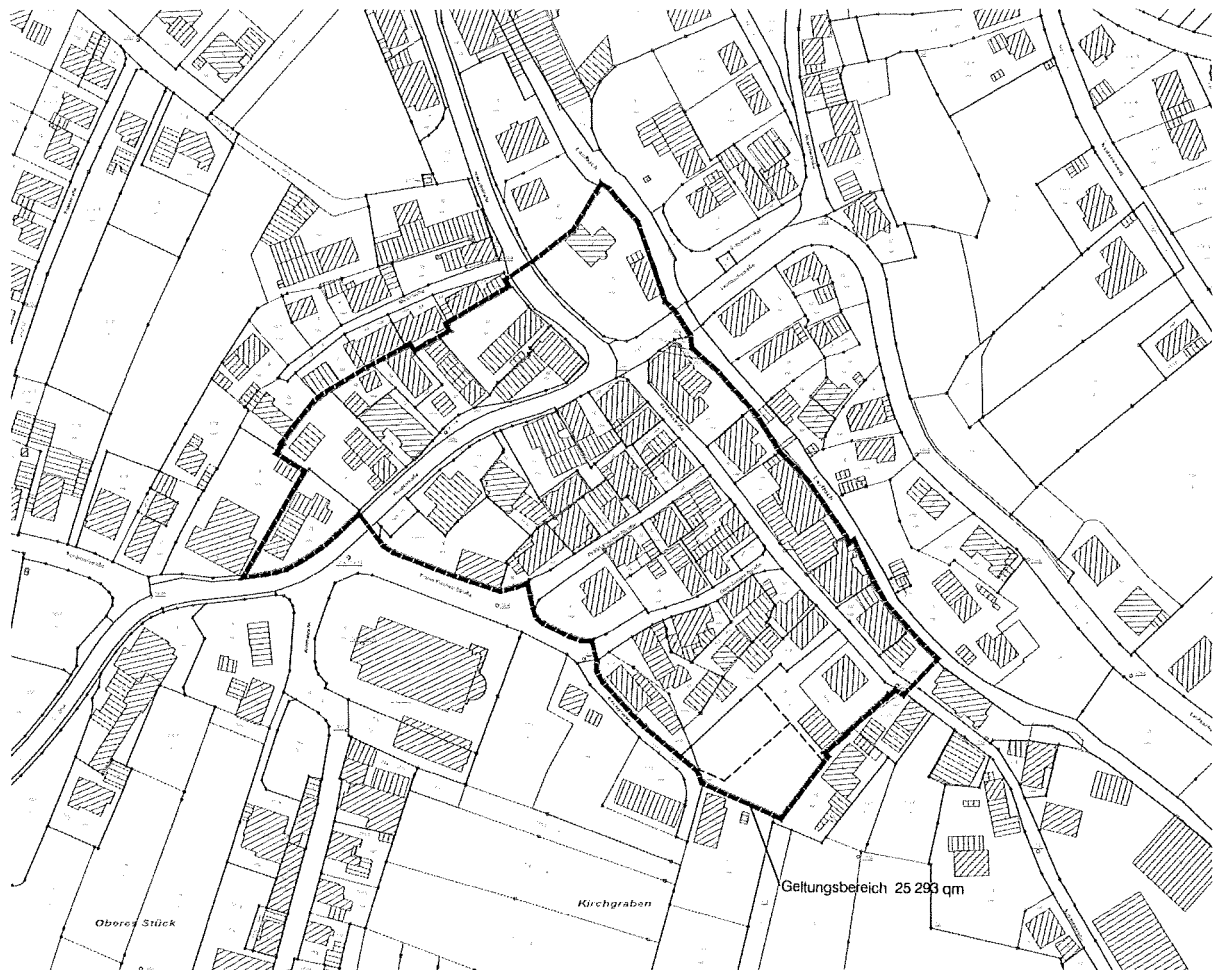


Abbildung 1: Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes "Ortskern" in Lauf; Quelle: Darstellung Zink Ingenieure

Der gemäß § 9 Abs. 7 BauGB festgesetzte Geltungsbereich der Änderung umfasst den Bereich des Ortskerns der Gemeinde Lauf mit der Bebauung entlang der „Hauptstraße“, der „Schloßstraße“, der „Prälat-Fischer-Straße“, der „Otto-Jaeger-Straße“ und der Straße „Kirchgraben“.

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Ortskern Lauf“ umfasst die Grundstücke Flst.-Nr. 33, 33/1, 34, 35, 36, 37, 39; 65, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 76, 76/5, 77, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 85/1, 86, 87, 88, 89, 91, 92, 93, 93/1, 95, 96, 97, 98, 100, 102, 103, 104, 105, 106, 107/1 und die Straßenverkehrsflächen Flst.-Nr. 13/1, 38/1, 38/2, 47/14, 47/15, 66, 90.



### 3.1.1 Stadträumliche Einbindung

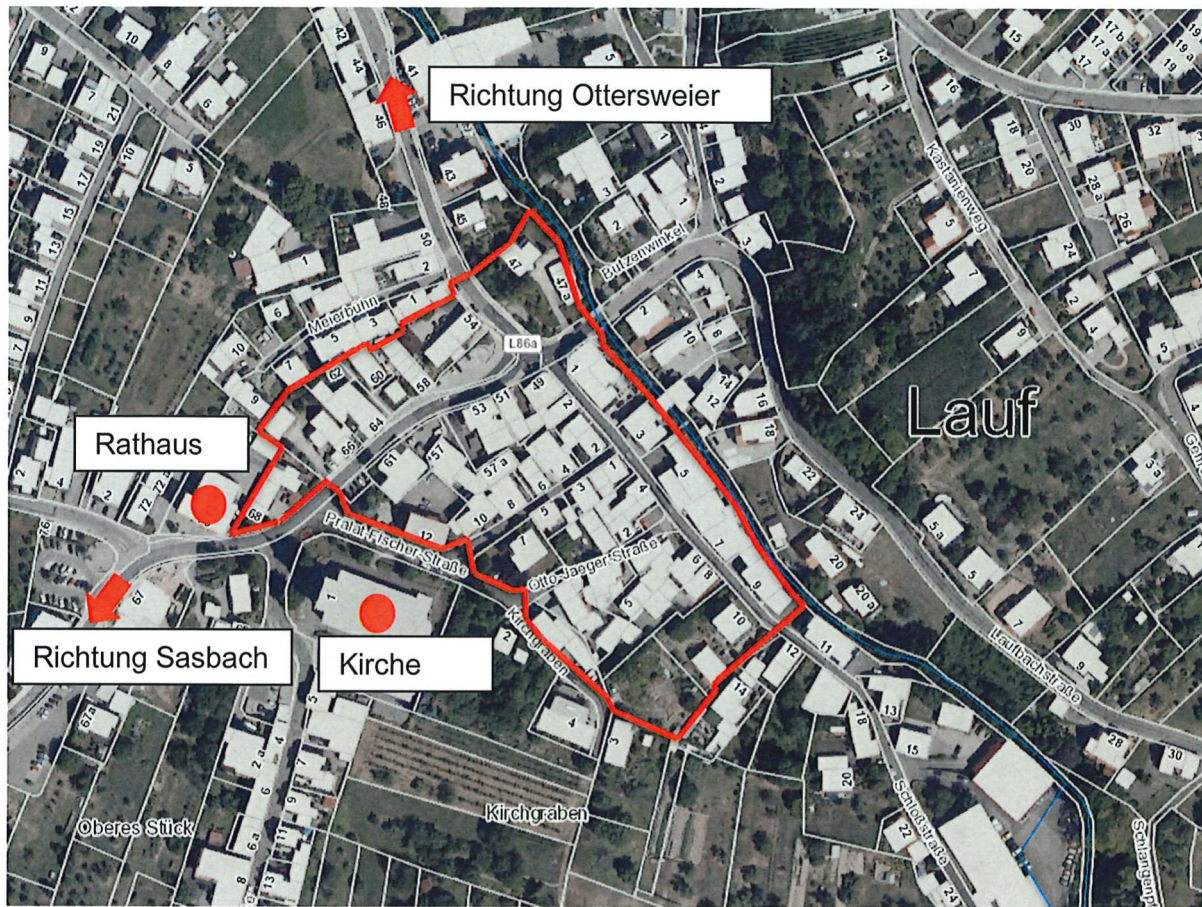


Abbildung 2: Luftbild mit Eintragung des Änderungsbereichs; Quelle: LGL BW, eigene Darstellung

Das Gebiet der Änderung befindet sich im Zentrum der Gemeinde Lauf im Schwarzwald in direkter Nachbarschaft zum Rathaus der Gemeinde und zur Kirche „St. Leonhard“. Es umfasst die Otto-Jäger-Straße, die „Präl-Fischer-Straße“ und Teile der „Hauptstraße“, der „Schloßstraße“, des „Kirchgrabens“ und der „Laufbachstraße“.

### 3.1.2 Bebauung und Nutzung

Im Plangebiet besteht momentan schon eine Bebauung aus einer Mischung von Wohnnutzung und teilweise auch gewerblicher Nutzung. Das Plangebiet ist momentan, bis auf ein Grundstück im Süden des Gebietes, vollständig bebaut.

### 3.1.3 Kulturdenkmale

Es befinden sich einige Kulturdenkmäler innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes:

- Otto-Jaeger-Straße 4 (Flst.Nr. 98)  
Einhaus, heute Wohnhaus 19. Jh.  
Am rechten Eckpfosten links Inschrift:  
HS/D.H.H.G.B./BERNHARD/SEIFERT/UND/MARIANA/SCHREMP/1831.  
Kniestockhaus in Fachwerkbauweise mit massivem Kellersockel. Am Giebel Kniestock und Giebel verbrettert, Satteldach.
- Präl-Fischer-Straße 12 (neben) (Flst.Nr. 0-76)  
Wegkreuz, 1884.  
Wegkreuz mit Korpus und trauernder Marienfigur, beide farbig gefasst. Im Inschriftenfeld Platte. Das Kreuz wurde als Erinnerung an die erste Pfarrkirche gestiftet.



- Schloßstraße 10 (Flst.Nr. 0-106)  
Wohnhaus und Garage mit Freifläche und Einfriedung, Wohnhaus am Giebelaufsatz datiert 1897, Garage 1920er Jahre.  
Wohnhaus zweigeschossig mit Kellersockel, die Fassade mit gelben Klinkern und historisierenden Sandsteinelementen gegliedert, Satteldach.  
Rückwärtig Garage mit neobarocken Gestaltungselementen. Einfriedung mit Metallzaun auf Mauer. Das Gebäude war anfangs das Wohnhaus des Papierfabrikanten, dessen Fabrikationsgebäude sich ursprünglich gegenüber befand (Sachgesamtheit).

### **3.1.4 Eigentumsverhältnisse**

Die Grundstücke befinden sich alle im privaten Besitz. Die Straßenflächen befinden sich im Eigentum der Gemeinde Lauf im Schwarzwald.

### **3.1.5 Topographie und Geländeverhältnisse**

Das Gelände ist in Richtung Süden entlang der „Schloßstraße“ ansteigend.

### **3.1.6 Bodenbeschaffenheit und Bodenbelastungen**

Das Gebiet ist, bis auf ein Grundstück im Süden, vollständig bebaut und zu einem großen Teil versiegelt.

Der Planbereich befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten lokal im Verbreitungsbereich von Gesteinen des Unteren Muschelkalks. Diese werden von quartären Lockergesteinen (Lösslehm und Auensand) mit im Detail nicht bekannter Mächtigkeit überlagert. Lokale Auffüllungen vorangegangener Nutzungen, die gegebenenfalls nicht zur Lastabtragung geeignet sind, sind möglich. Mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen / tonig-schluffigen Verwitterungsbodens ist zu rechnen.

Im Plangebiet wurden im Rahmen der sogenannten „Flächendeckenden Erhebung/Nacherhebung altlastverdächtiger Flächen im Ortenaukreis“ folgende Altlastverdachtsflächen erhoben:

1. AS „Tankstelle Hauptstraße 47“, Flst.-Nr. 39 (Obj.-Nr. 03353)  
Die Fläche wurde am 1. Oktober 2010 beim Landratsamt Ortenaukreis, Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz, auf Beweisniveau „BN 1“ hinsichtlich des Wirkungspfades „Boden-Grundwasser“ in „Belassen zur Wiedervorlage (B)“ eingestuft.  
Die Einstufung in „Belassen zur Wiedervorlage“ bedeutet, dass für die Fläche derzeit kein Handlungsbedarf besteht. Bei Änderung von bewertungsrelevanten Sachverhalten ist über das weitere Verfahren erneut zu entscheiden.
2. AS „Tankreinigung Wörner“, Flst.-Nr. 37, 40/1 (Obj.-Nr. 06268)  
Die Fläche wurde am 18. April 2011 beim Landratsamt Ortenaukreis, Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz, auf Beweisniveau „BN 1“ hinsichtlich des Wirkungspfades „Boden-Grundwasser“ in „Orientierende Untersuchung (OU)“ eingestuft.  
Die Einstufung in „Orientierende Untersuchung“ bedeutet, dass das Vorliegen von Untergrundverunreinigungen bzw. eine Beeinträchtigung des Grundwassers auf Grund der Vornutzungen nicht ausgeschlossen werden kann. Es besteht die Besorgnis, dass das Wohl der Allgemeinheit beeinträchtigt ist oder beeinträchtigt wird.

3. AS „Papierfabrik Schloßstraße 7 – 13“, Flst.-Nr. 33, 33/1, 34, 35, 114, 119 (Obj.-Nr. 03373)

Die Fläche wurde am 1. Oktober 2010 beim Landratsamt Ortenaukreis, Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz, auf Beweinsniveau „BN 1“ hinsichtlich des Wirkungspfades „Boden-Grundwasser“ in „Orientierende Untersuchung (OU)“ eingestuft.

Die Einstufung in „Orientierende Untersuchung“ bedeutet, dass das Vorliegen von Untergrundverunreinigungen bzw. eine Beeinträchtigung des Grundwassers auf Grund der Vornutzungen nicht ausgeschlossen werden kann. Es besteht die Besorgnis, dass das Wohl der Allgemeinheit beeinträchtigt ist oder beeinträchtigt wird.

Eine Bewertung der einzelnen Standorte wurde bereits im Verfahren der Aufstellung des Bebauungsplanes im Jahre 2015 durchgeführt und ist auch für die 1. Änderung gültig.

### **3.1.7 Gewässer**

Oberflächengewässer sind im Plangebiet nicht vorhanden.

Im Osten des Gebietes verläuft, direkt entlang des Geltungsbereiches, der „Laubach“. Von diesem Gewässer ist ein Abstand von 5 m als sogenannter „Gewässerrandstreifen“ gemäß Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und Wassergesetz Baden-Württemberg (WG) einzuhalten. Innerhalb dieses Gewässerrandstreifens ist vor allem die Errichtung von baulichen Anlagen verboten. Dieser 5 m Gewässerrandstreifen soll nun für neu zu errichtende Gebäude in diesem Bereich gelten.

Durch die Untere Wasserbehörde wurde 2015 die Reduzierung des Gewässerrandstreifens auf 3 m bestätigt, da es sich beim Plangebiet um den bereits bebauten Ortskern der Gemeinde Lauf handelt. Diese Regelung der Reduzierung des Gewässerrandstreifens gilt auch weiterhin für Gebäude, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Bebauungsplanes im Jahre 2015 dort bereits Bestand hatten aufgrund des Bestandsschutzes.

Im Gewässerrandstreifen sind gemäß § 38 Abs. 4 WHG i. V. m. § 29 Abs. 2 und 3 WG verboten:

1. Die Ablagerung von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern können oder die fortgeschwemmt werden können,
2. die Errichtung von baulichen und sonstigen Anlagen (auch gemäß LBO verfahrensfreie Vorhaben), zu den sonstigen Anlagen gehören auch Auffüllungen, Terrassen, Überdachungen, Stellplätze, Lagerplätze, Wegbefestigungen, Gartenhütten und feste Zäune),
3. der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen,
4. die Beseitigung standorttypischer Bäume und Sträucher, soweit dies nicht zur Bestandspflege, Gewässerunterhaltung oder Gefahrenabwehr erforderlich ist,
5. das Neuanpflanzen von nicht standorttypischen Bäumen und Sträuchern.

### **3.1.8 Immissionsbelastungen**

Im Bereich befinden sich keine Betriebe, von denen große Immissionen in das Gebiet hinein zu erwarten sind.

### **3.1.9 Störfallbetriebe**

Das Plangebiet befindet sich außerhalb des Einwirkungsbereichs von Störfallbetrieben.

### **3.1.10 Verkehrliche Erschließung**

Das Plangebiet liegt im Zentrum der Gemeinde Lauf im Schwarzwald und wird durch die „Hauptstraße“, die „Prälat-Fischer-Straße“, die „Schloßstraße“, die „Otto-Jaeger-Straße“, den „Kirchgraben“ sowie die „Laufbachstraße“ erschlossen.

### **3.1.11 Ver- und Entsorgung**

Das Plangebiet ist an das Ver- und Entsorgungsnetz der Gemeinde Lauf im Schwarzwald angeschlossen.

### **3.1.12 Gemeinbedarfseinrichtungen**

Gemeinbedarfseinrichtungen sind im Plangebiet nicht vorhanden.

### **3.1.13 Natur | Landschaft | Umwelt**

Das Plangebiet unterliegt aktuell keinen Schutzkategorien. Es ist weder als Natur-, Landschaftsschutzgebiet, noch als FFH- oder Vogelschutzgebiet ausgewiesen. Naturdenkmale, Biotope oder FFH-Mähwiesen finden sich ebenfalls nicht im Plangebiet.

## 4. Übergeordnete Vorgaben

### 4.1 Planungsrechtliche Ausgangssituation

Für das Plangebiet ist der Bebauungsplan „Ortskern Lauf“ rechtsverbindlich.

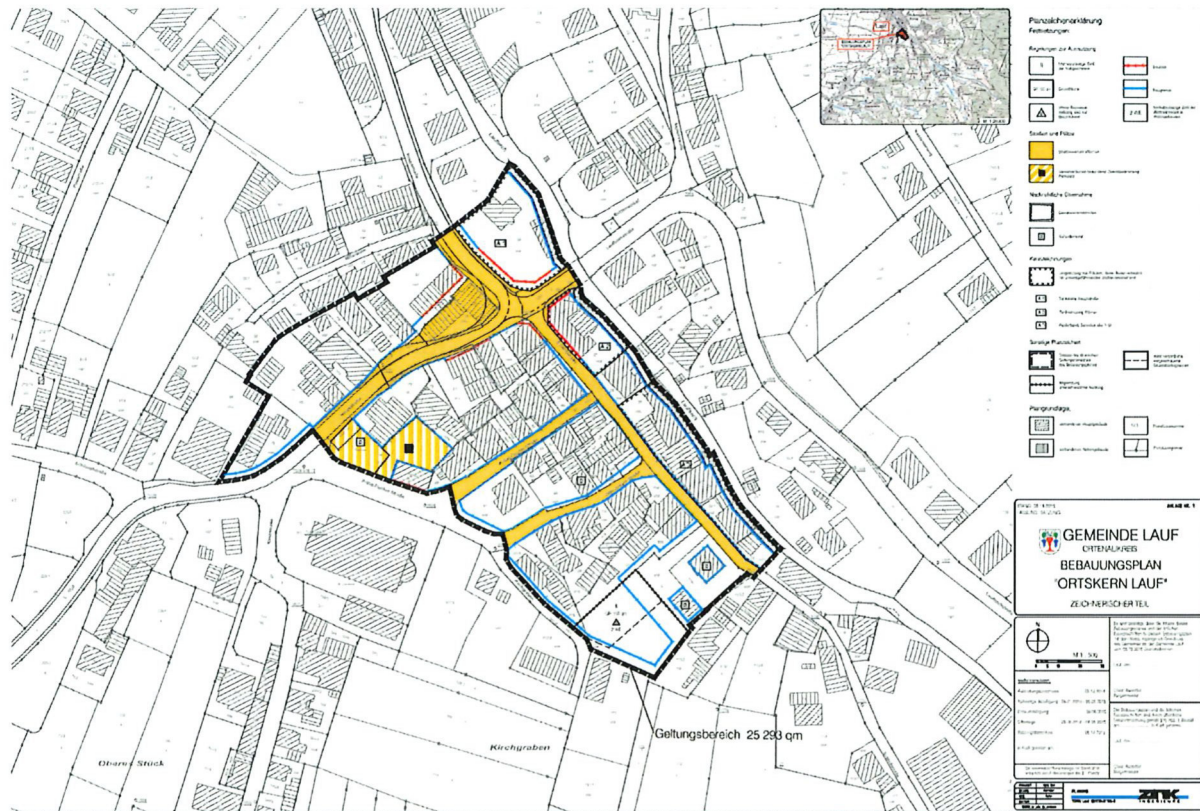


Abbildung 3: Bebauungsplan „Ortskern Lauf“, rechtsverbindlich seit dem 18.12.2015, Darstellung Zink Ingenieure

Für das Plangebiet ist seit dem 18.12.2015 der Bebauungsplan „Ortskern Lauf“ rechtsverbindlich. Zur Art der baulichen Nutzung wurden keine Festsetzungen getroffen. Die Zulässigkeit von Bauvorhaben richtet sich hinsichtlich der Art der baulichen Nutzung daher weiterhin nach den Anforderungen des § 34 BauGB. Das Plangebiet kann als „faktisches Mischgebiet“ gemäß § 6 BauNVO eingestuft werden. Es besteht eine Mischung aus Wohn- und gewerblicher Nutzung.

Aufgrund der besonderen innerörtlichen Situation und Einwirkung der Bedeutung für das Ortsbild der Gemeinde Lauf wurden zur Bestimmung der überbaubaren Grundstücksflächen neben Baugrenzen im Bebauungsplan auch Baulinien festgesetzt. Diese Baulinien wurden an städtebaulich bedeutsamen Punkten vorgenommen. In diesem Falle ist dies im Kreuzungsbereich der „Hauptstraße“ mit der „Laufbachstraße“ und der „Schlossstraße“.

Im weiteren Plangebiet wurden die Baugrenzen weitgehend großzügig festgesetzt, um innerhalb des Ortskerns einen großen Spielraum bei der Bebauung der Grundstücke zu erhalten. Auf dem Grundstück Flst.-Nr. 106 wurde das Baufenster für Wohngebäude mit Garage sehr eng gefasst, da diese Gebäude in ihrer Gesamtheit als Kulturdenkmal eingestuft sind. Eine über die Baugrenzen hinausgehende Bebauung ist aufgrund des Denkmalschutzes und dessen Vorgaben in diesem Bereich des bestehenden Bebauungsplanes nicht möglich.



Das Gebiet ist ebenfalls im Innenentwicklungskonzept des Jahres 2013 enthalten, das für den Bereich des Dorfkernes aufgestellt wurde. Es sollen durch Maßnahmen der Innenentwicklung Inanspruchnahmen von Außenbereichsflächen reduziert werden.

## 4.2 Raumordnung und Landesplanung

Im Regionalplan Südlicher Oberrhein ist das Plangebiet als „Siedlungsfläche“ dargestellt. Durch die Änderung des Bebauungsplanes sollen keine Veränderungen an dieser Darstellung vorgenommen werden. Es sollen keine neuen Flächen mit aufgenommen werden. Vielmehr ist eine Art der Innenentwicklung und Neuregelung der Bebauung des Dorfkernes vorgesehen, indem die Situation durch die Regelung der Wohneinheiten und der vorzuweisenden Stellplatzflächen pro Wohneinheit verbessert wird.

Das Vorhaben ist daher als mit den Vorgaben der Regionalplanung vereinbar anzusehen.

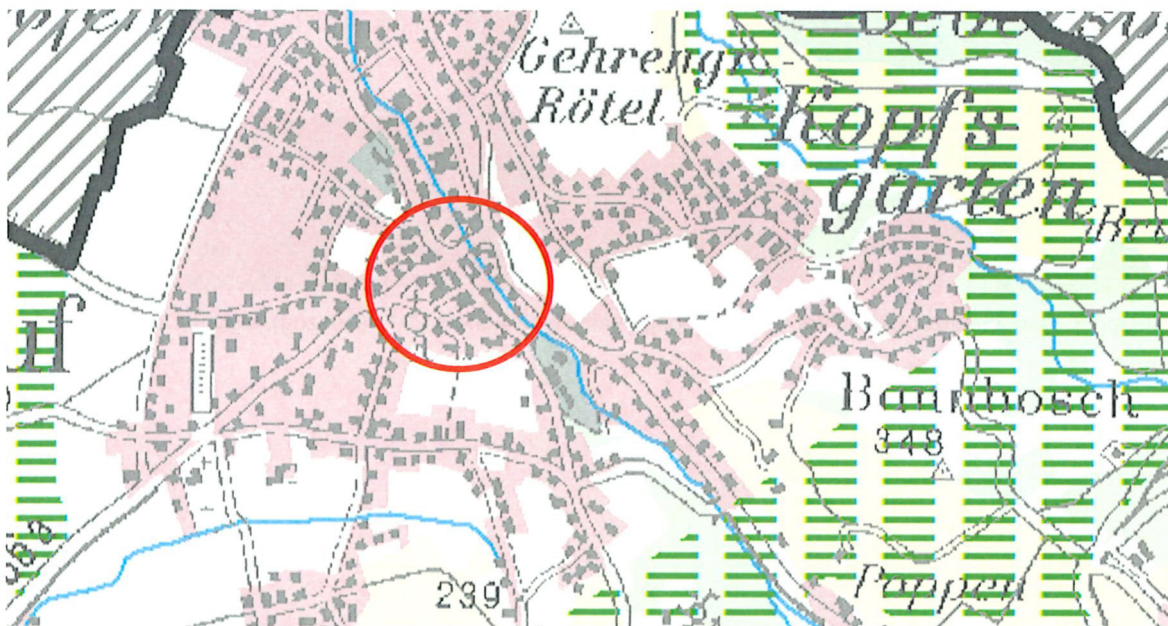


Abbildung 4: Flächennutzungsplan Südlicher Oberrhein Raumnutzungskarte (Auszug) mit Hervorhebung des Plangebietes; Quelle: Regionalverband Südlicher Oberrhein; eigene Darstellung

## 4.3 Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan

Im rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Verwaltungsgemeinschaft Achern ist für das Plangebiet großteils Mischbaufläche dargestellt. Im Bebauungsplan wird weiterhin keine Art der baulichen Nutzung festgesetzt. Eine Durchmischung von Wohn- und gewerblicher Nutzung bleibt weiterhin bestehen. Das Gebiet entspricht damit den Darstellungen des Flächennutzungsplanes. Eine Genehmigung des Bebauungsplanes ist daher nicht erforderlich.

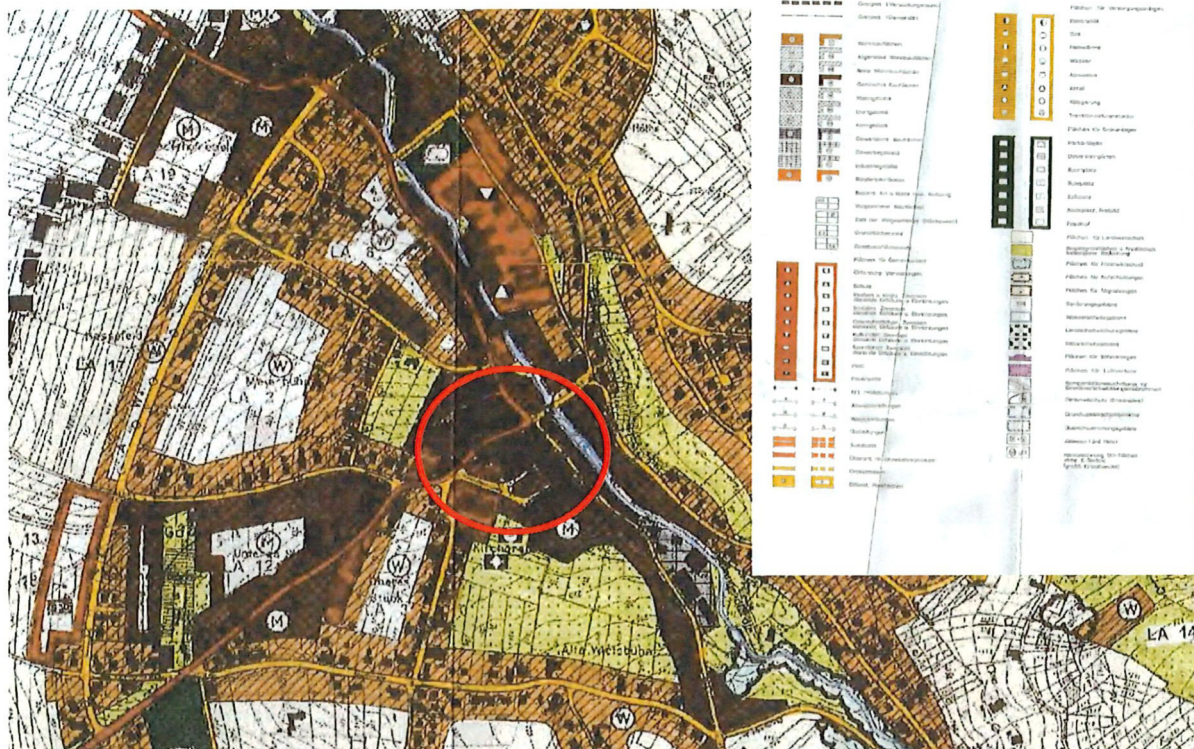


Abbildung 5: Flächennutzungsplan der Verwaltungsgemeinschaft Achern 2013 (Auszug), eigene Darstellung



## **Teil B Planungsbericht**

### **5. Planungskonzept**

#### **5.1 Ziele und Zwecke der Planung**

Ziel und Zweck der Planung ist die Entschärfung der Situation der Nachverdichtung und der Parkierung innerhalb des Dorfkerns der Gemeinde Lauf. Es sollen die Wohneinheiten innerhalb der einzelnen Gebiete des Dorfkernes festgesetzt, sowie eine Stellplatzverpflichtung für den Bereich eingeführt werden.

### **6. Planinhalt (Abwägung und Begründung)**

#### **6.1 Bebauung**

##### **6.1.1 Art der baulichen Nutzung**

Für die Art der baulichen Nutzung wird weiterhin keine Festsetzung vorgenommen.

##### **6.1.2 Überbaubare Grundstücksflächen**

Die Baugrenzen des rechtsgültigen Bebauungsplanes sollen durch die Änderung des Bebauungsplanes nicht verändert werden.

##### **6.1.3 Anzahl der Wohneinheiten**

Insbesondere bei Umnutzungen bisheriger Gewerbebetriebe ist eine deutliche Zunahme der Wohnnutzung zu beobachten. Hierdurch erfolgt zum einen eine „Entmischung“ der Nutzung und Entwicklung des Ortskernes zu einem Wohngebiet. Zum anderen trägt dies zu einer weiteren, in dieser Intensität nicht gewünschten Verdichtung innerhalb des Ortskerns bei. Aus diesem Grund soll die Anzahl der Wohneinheiten reglementiert werden. Sie wird überwiegend innerhalb des Plangebietes auf maximal drei Wohneinheiten je Wohngebäude begrenzt.

Hierdurch kann der Zuzug von Personen in den Bereich des Ortskerns gesteuert und begrenzt werden, was wiederum einen positiven Effekt auf die Verdichtung vor Ort und die Parkplatzsituation bringen kann, da somit nur mit einer bestimmten, vorhersehbaren Anzahl an Personen mit Bereich des Ortskerns zu rechnen ist, die Fläche zum Abstellen ihrer Kraftfahrzeuge benötigen.

#### **6.2 Verkehr**

An der verkehrlichen Erschließung des Gebietes wird keine Veränderung vorgenommen.

#### **6.3 Grünkonzept**

Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB gelten in den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1 Eingriffe, die aufgrund der Aufstellung eines Bebauungsplanes zu erwarten sind, als im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 5 BauGB vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig, sodass ein naturschutzrechtlicher Ausgleich nicht erforderlich ist.

## **6.4 Umweltbelange**

Durch die Änderung des Bebauungsplanes werden keine Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft hervorgerufen. Die bauliche Inanspruchnahme des noch unbebauten Grundstücks im Süden des Geltungsbereiches ist bereits durch den Ursprungsbebauungsplan ermöglicht, so dass auch keine darüber hinaus gehende Zulässigkeit einer Bodenversiegelung erfolgt.

## **6.5 Gestalterische Festsetzungen nach Landesrecht**

### **6.5.1 Anzahl der Stellplätze pro Wohneinheit**

Die Stellplatzverpflichtung für Wohnungen wird, abweichend von § 37 Abs. 1 LBO, auf 2,0 Stellplätze pro Wohneinheit festgesetzt. Mit dieser Festsetzung wird der ländlichen Prägung der Gemeinde und der geringeren Ausstattung der Umgebung mit Anbindungen an den Öffentlichen Personennahverkehr Rechnung getragen. Des Weiteren wird die Parksituation vor Ort entspannt, da aufgrund der Festsetzung der vorzuweisenden Stellplatzflächen pro Wohneinheit nun die meisten Pkw auf den privaten Grundstücken geparkt werden können und so ein Abstellen der Pkw auf den Straßenflächen verhindert werden kann.

## **7. Auswirkungen**

### **7.1 Auswirkungen auf ausgeübte Nutzungen**

Die im Plangebiet bestehenden ausgeübten Nutzungen werden durch die Änderung des Bebauungsplanes nicht eingeschränkt. Es werden jedoch die zulässigen Wohneinheiten in den jeweiligen Teilgebieten reglementiert, sowie eine Stellplatzverpflichtung pro Wohneinheit etabliert, um die Parksituation vor Ort zu entschärfen.

### **7.2 Verkehr**

Die verkehrliche Anbindung des Gebietes bleibt auch weiterhin in gleicher Form bestehen.

### **7.3 Ver- und Entsorgung**

Auf die Ver- und Entsorgung hat die Änderung des Bebauungsplanes keine Auswirkungen.

## **8. Maßnahmen zur Verwirklichung | Folgeverfahren**

### **8.1 Entschädigungen**

Durch die geplanten Festsetzungen des Bebauungsplans werden keine Entschädigungsansprüche nach §§ 39 ff. BauGB ausgelöst.



## 8.2 Planungsrecht

Vorgesehen ist, die Änderung des Bebauungsplanes bis Ende des Jahres 2020 zur Rechtskraft zu bringen.

25. Juni 2021  
Lauf, .....

.....  
Oliver Rastetter  
Bürgermeister



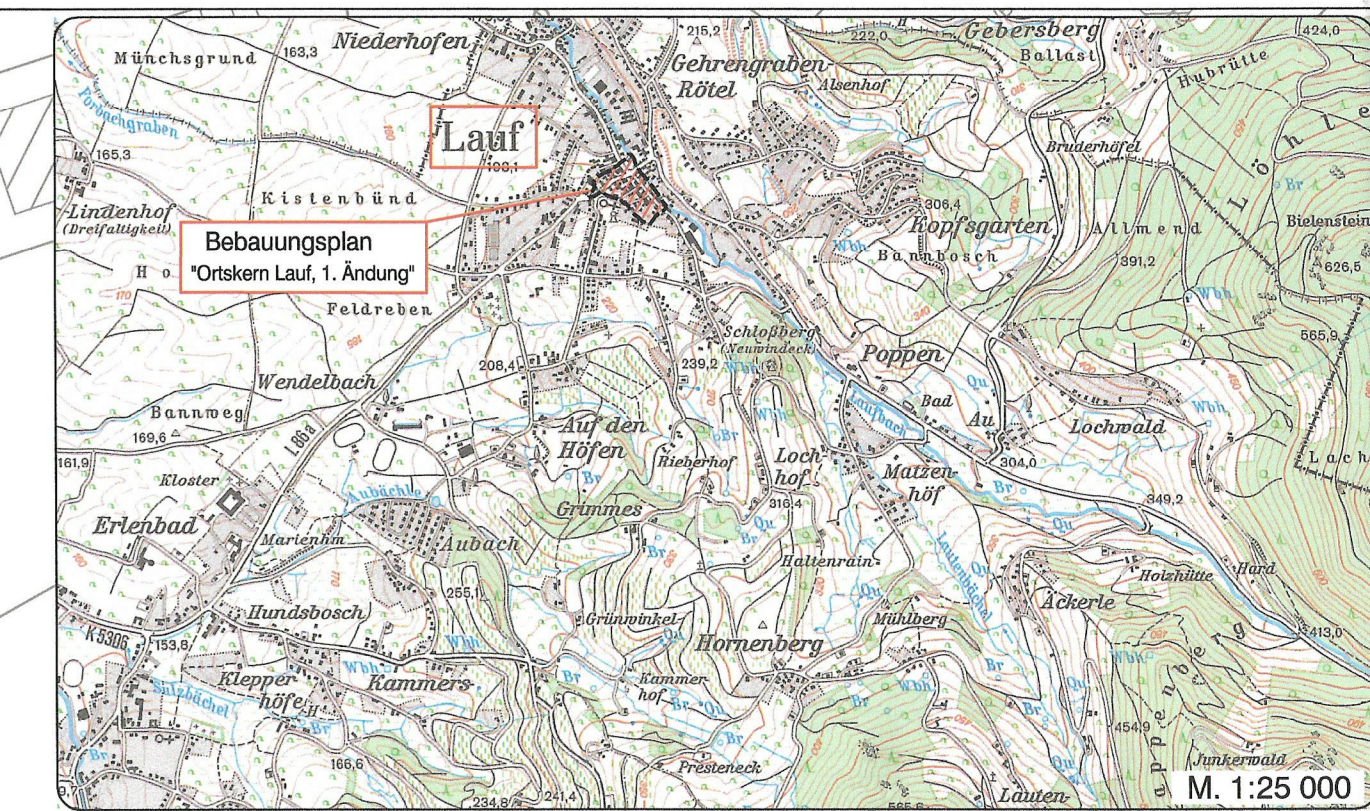
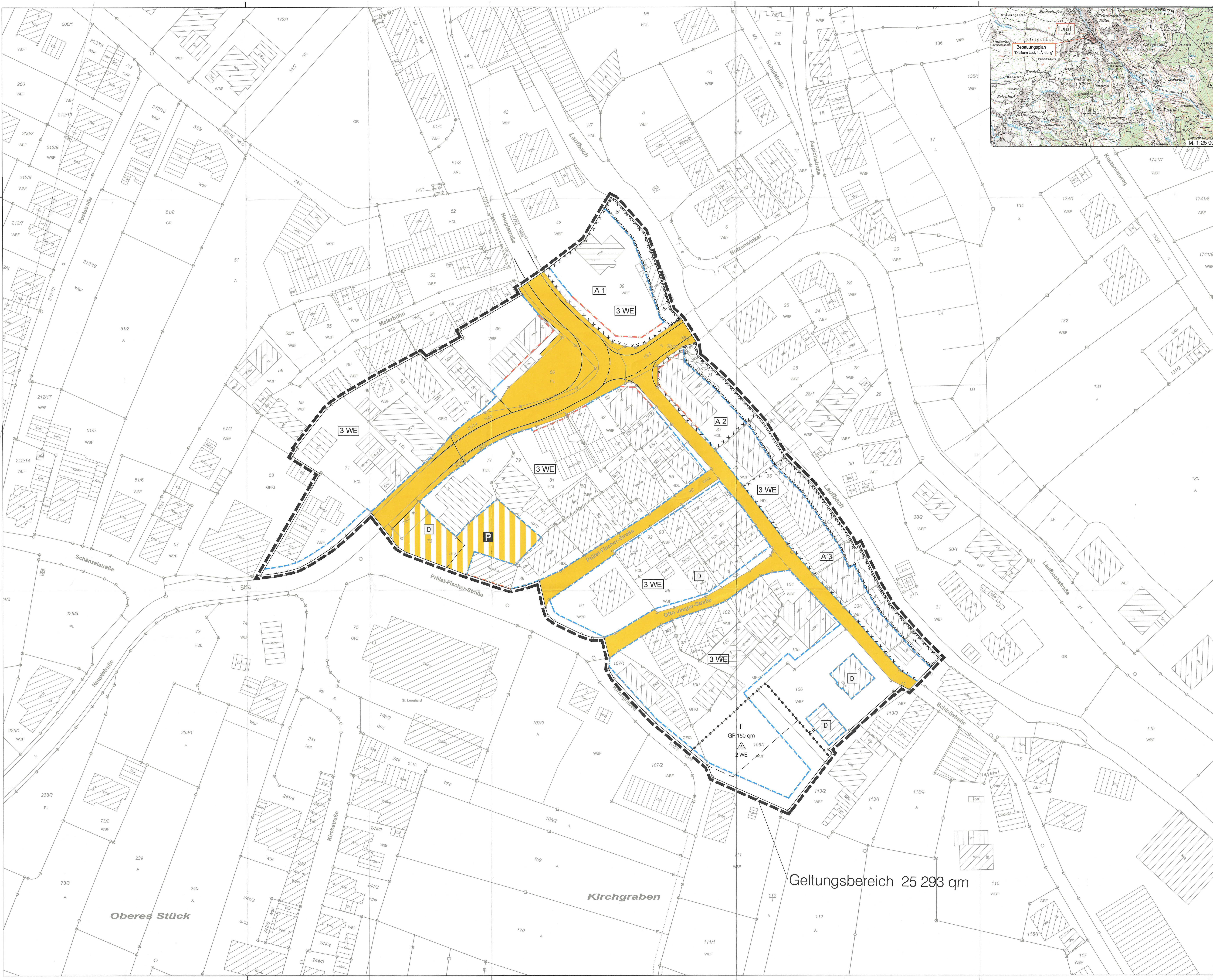
Lauf, 21.09.2020 Ro-la

**ZiNK**  
INGENIEURE

Poststraße 1 • 77586 Lauf  
Fon 07841 703-0 • [www.zink-engineure.de](http://www.zink-engineure.de)

Planverfasser





### Planzeichenerklärung Festsetzungen:

#### Regelungen zur Ausnutzung

	höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse		Baulinie
	Grundfläche		Baugrenze
	offene Bauweise: zulässig sind nur Einzelhäuser		höchstzulässige Zahl der Wohneinheiten

#### Straßen und Plätze

	Straßenverkehrsflächen
	Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung: Parkplatz

#### Nachrichtliche Übernahme

	Gewässerrandstreifen
	Kulturdenkmal

#### Kennzeichnungen

	Umgrenzung von Flächen, deren Boden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind
	Tankstelle Hauptstraße
	Tankreinigung Wörner
	Papierfabrik Schloßstraße 7-13

#### Sonstige Planzeichen

	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes		nicht verbindliche vorgeschlagene Grundstücksgrenzen
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung		

#### Plangrundlage:

	vorhandenes Hauptgebäude		Flurstücksnummer
	vorhandenes Nebengebäude		Flurstücksgrenze

Stand: 21.09.2020  
Fassung: Satzung

Anlage Nr. 1

**Gemeinde Lauf**  
Ortenaukreis

**Bebauungsplan  
und örtliche Bauvorschriften  
"Ortskern Lauf, 1. Änderung"**

Zeichnerischer Teil

Verfahrensdaten:  
Aufstellungsbeschluss: 23.06.2020  
Entwurfsbilligung: 23.06.2020  
Offenlage: 10.06.2020 - 09.09.2020  
Satzungsbeschluss: 15.06.2021

Es wird bestätigt, dass die Inhalte dieses Bebauungsplanes mit dem hierzu ergangenen Beschluss des Gemeinderats der Gemeinde Lauf vom 15.06.2021 übereinstimmen.  
**25. Juni 2021**  
Oliver Rastbach  
Bürgermeister

In Kraft getreten am:

Die verwendete Planunterlage mit Stand 2018 entspricht den Anforderungen des § 1 PlanZV

Lagesystem: GK ☒ UTM ☐

Höhensystem (HST): 130 (DHN12) ☒ 160 (DHN82) ☐ 170 (DHN2016) ☐

Bestandvermessung

Projekt: 2020/109

Bearbeiter: Kernler, Roos

Gez: Schr. Neu

Datum: 21.09.2020

Stand Kataster: 2015

Stand Umlegung:

Geltungsbereich 25 293 qm